Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Geschäftsführung
Team Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Nina Kotissek
0202 563 6138, Nina.Kotissek@stadt.wuppertal.de

22. Januar 2025

Niederschrift über die Sitzung des Beirats Bürgerbeteiligung am 16. Januar 2025

Anwesende:

Vertreter*innen der Gruppen und Institutionen:
Gottfried Deter (Stadtsportbund), Silvana Faestermann (Integrationsausschuss), Arian Gaubig (Klimabeirat), Kristina Klack (Quartierbüros), Claus-Alexander Wyneken (Schulen)

Vertreter*innen der Bürger*innenschaft:
Claus Baermann, Christoph Brockmann, Maryam Dalir, Klaus Döring

Vertreter*innen der Politik:
Carsten Dahlmann (FDP-Fraktion), Denise Frings (Grüne Fraktion), Christiane Sippel (CDU-Fraktion), Rolf von Landenberg (AfD-Fraktion), Gerd-Peter Zielezinski (Fraktion Linkes Bündnis)

Vertreter*innen der Stadtverwaltung:
Roswitha Bocklage (GB 0), Bärbel Mittelmann (GB 2.1), Alexander Richter (GB 3), Gerd-Uwe Wolf (GB 4)

Geschäftsführung (Team Bürgerbeteiligung):
Nina Kotissek (Sitzungsleitung)
Clara Utsch
Dr. Jonathan Seim (Schriftführung)

Gästinnen
Sabine Pracht und Ilka Cirkel (BUGA gGmbH)

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.20 Uhr

TOP 1 – Begrüßung

Nina Kotissek begrüßt den Beirat zur ersten Sitzung des Beirats Bürgerbeteiligung im Jahr 2025. Es werden insbesondere drei neue Beiratsmitglieder willkommen geheißen. Alexander Richter vertritt als Abteilungsleiter für die Freiraumplanung den Geschäftsbereich 3 der Verwaltung. Florian Jung ist Schulleiter der Hermann-von-Helmholtz-Realschule und stellvertretendes Mitglied für die Schulen. Rolf von Landenberg ist neuer Vertreter der AfD-Fraktion im Beirat.

Nina Kotissek begrüßt zudem die Referentinnen der Sitzung, Sabine Pracht und Ilka Cirkel für das Thema BUGA sowie Christoph Brockmann zum Thema Bürgerräte.

TOP 2 – Beteiligung an der Bundesgartenschau

Sabine Pracht arbeitet seit November vergangenen Jahres im BUGA-Projektbüro und wechselt bald zur BUGA gGmbH. Sie wird an der Kommunikation der BUGA arbeiten. Ilka Cirkel arbeitet seit Anfang des Jahres in der BUGA gGmbH und neben anderen Themen für Beteiligung zuständig.

Ilka Cirkel und Sabine Pracht stellen den aktuellen Stand zur Beteiligung an der BUGA vor.

Sie beginnen mit einem Rückblick auf das vergangene Jahr 2024 und heben insbesondere die Konkretisierung der Machbarkeitsstudie, welche im Oktober veröffentlicht wurde, und den Förderbescheid von über zehn Millionen Euro, der Ende November übergeben wurde, hervor. Mit Blick auf 2025 stellen sie unter anderem die Teilnahmen an der Grünen Woche Berlin, weitere Arbeit in Teilprojektgruppen (z. B. Mobilität, Zirkularität, Hängebrücke) und vertiefte Kommunikation auf allen Ebenen in Aussicht.

Ilka Cirkel und Sabine Pracht stellen ihr sogenanntes 3-Säulenmodell vor, welches verschiedene Areale und Projektarten und vor allem die damit einhergehenden Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten voneinander unterscheidet. Erstens gibt es die bekannten Kernareale Tesche, Grüner Zoo und Wupperpforte, welche die wesentlichen Ausstellungsflächen während der BUGA darstellen. Zweitens werden die sogenannten Co-Areale genannt. Dabei handelt es sich u.a. um die Zuwege zu den in der Stadt dezentral verteilten Kernarealen. Darunter fallen zum Beispiel Wege vom Bahnhof Vohwinkel zum Kernareal

Tesche und Teile des geplanten Radrundwegs. Im Bereich der Co-Areale werden die Maßnahmen und Projekte durch die Stadt abgewickelt. Die BUGA+ bildet die dritte Säule und besteht wesentlich aus einem Programm für die Förderung bürgerschaftlicher Projekte, welches mit gut zwei Millionen Euro budgetiert ist. Dieses Budget umfasst neben der tatsächlichen Fördersumme auch die Kosten für die Abwicklung der Förderung.

Ilka Cirkel und Sabine Pracht erläutern die Spielräume für Beteiligung und Engagement, die sich in den drei Bereichen jeweils eröffnen. Dabei betonen sie, dass sie selbst noch ganz am Anfang der Planung der Beteiligungs- und Engagementmöglichkeiten stehen. Auch sind viele Rahmenbedingungen noch nicht endgültig definiert, weil die Planung der BUGA selbst noch relativ am Anfang steht.

In Hinblick auf die drei Kernareale wird es voraussichtlich nicht viel Gestaltungsspielraum für informelle Bürgerbeteiligung geben. Denn hier sind die Rahmenbedingungen weitestgehend durch die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft vorgegeben. Den genauen Gestaltungsspielraum gilt es noch im weiteren Projektverlauf zu definieren. Gleichzeitig sind natürlich formelle Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung unter anderem in der Bauleitplanung zum Beispiel im Kontext der Hängebrücke vorgesehen. Engagement zum Beispiel in Form der Bespielung von Flächen durch Vereine ist wiederum fester Bestandteil der Projektplanung und eine Möglichkeit für Bürger*innen, sich bei der BUGA einzubringen.
Bei den Co-Arealen ist das Spektrum an möglicher informeller Bürgerbeteiligung im Vergleich größer. In manchen Fällen, wie etwa dem ISEK Vohwinkel, gab es bereits Bürgerbeteiligung gegeben und/oder sind entsprechende Beteiligungsprojekte schon jetzt geplant. Auch hier gilt es die möglichen und erforderlichen Beteiligungsverfahren im laufenden Prozess zu erarbeiten.
BUGA+ besteht im Wesentlichen aus einem Förderprogramm zur Umsetzung von bürgerschaftlichen Projekten, welche die BUGA sinnvoll flankieren sollen. Somit handelt es sich erstmal um eine Maßnahme für Förderung von Engagement. Zugleich ist die Beteiligung von Bürger*innen an der Entscheidung der Vergabe der Fördermittel – zum Beispiel in Form einer Jury – eine angedachte Möglichkeit. Der Prozess zum Bürgerengagement wird von Ilka Cirkel und Sabine Pracht in Zusammenarbeit mit dem Team Bürgerbeteiligung erarbeitet.

Aus den Reihen des Beirats wird die Chance betont, dass die BUGA Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft aktivieren und unter dem gemeinsamen Ziel, Wuppertal gut zu präsentieren, vereinigen könne. Es wird auch bekräftigt, dass es sich um einen langen Prozess handelt, und man lobt, dass die Bürgerbeteiligung schon früh mitgedacht und sowohl das

Team Bürgerbeteiligung als auch der Beirat Bürgerbeteiligung schon früh eingebunden werden.

Zugleich wird aus den Reihen des Beirats und vor allem von Gäst*innen problematisiert, dass es bisher an einer andauernden Information zur BUGA im Allgemeinen, aber auch an einem transparenten Plan zur Bürgerbeteiligung im Speziellen ermangele. So sei auch nach der Präsentation im Beirat nicht klar, wer zu welchem Zeitpunkt wie an der BUGA beteiligt werde. Auch wird kritisiert, dass es bisher keine informelle Beteiligung zur BUGA gegeben habe. Sowohl transparente Informationen als auch echte Beteiligungsmöglichkeiten seien jedoch notwendig, damit die Wuppertaler*innen einen Stolz auf die BUGA entwickeln und sich beteiligen würden und überhaupt erst Ideen für BUGA+ entwickeln könnten. Die Pflichtbeteiligung im Rahmen von Bauverfahren könne dies nicht ermöglichen und auch nicht dem Anspruch an gute Bürgerbeteiligung gerecht werden. Es wird dafür plädiert, deutlich darüber hinauszugehen und die Bürger*innen einzuladen, sich aktiv in der Gestaltung und Umsetzung der BUGA einzubringen.

Als Reaktion wird zunächst aus den Reihen des Beirats auf den Bürger*innenentscheid zur BUGA verwiesen, welcher eine Möglichkeit zur direktdemokratischen Beteiligung darstellte. Ilka Cirkel und Sabine Pracht machen deutlich, dass sie in Zusammenarbeit mit dem Team Bürgerbeteiligung alle eingebrachten Ideen und weitere Möglichkeiten prüfen werden, um ein möglichst breites Angebot an Beteiligung und Engagement zu ermöglichen. Auch stellen sie in Aussicht, den Input des Beirats mitzunehmen, einen detaillierteren Vorschlag zur Konzeptionalisierung von BUGA+ zu erarbeiten und diesen dann erneut dem Beirat vorzulegen.

TOP 3 – Werkzeugkasten Bürgerbeteiligung: Bürgerräte auf Bundesebene

Christoph Brockmann stellt dem Beirat das Instrument der Bürgerräte auf Bundesebene vor. Er ist als geloster Bürger Teil des Beirats und arbeitet bei einem Dienstleister für Bürgerbeteiligung, der Bürgerräte begleitet.

Bürgerräte sind Gremien, die mit zufällig ausgelosten Bürger*innen besetzt werden. Die Räte sollen Empfehlungen zum Umgang mit einem konkreten Thema erarbeiten. Sie werden oft von staatlichen Organisationen (z. B. Parlamente, Ministerien), aber manchmal auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren (z. B. Stiftungen) beauftragt. Bürgerräte sollen einen ergebnisoffenen Dialog zwischen Bürgerschaft und Politik ermöglichen. Die Empfehlungen sollen nach Möglichkeit in die politische Entscheidungsfindung einfließen.

Christoph Brockmann erläutert, warum Bürgerräte ein sinnvolles Instrument für gute Bürgerbeteiligung sein können. So könne das verwendete Losverfahren die Legitimationsgrundlage verbessern, weil dadurch nicht nur die üblichen Verdächtigen, sondern auch bisher unzureichend beteiligte Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen. Zudem würden sich die Teilnehmenden nicht als Fürsprecher*innen organisierter Interessen verstehen, sondern aus ihrer Rolle als individuelle Bürger*innen des demokratischen Gemeinwesens heraus sprechen. Die Räte könnten darüber hinaus das mannigfaltige Erfahrungswissen der Bürger*innen in die Entscheidungsfindung speisen. Zudem stehe im Gegensatz zu anderen Orten des politischen Diskurses die Gemeinwohlorientierung und die Kraft des besseren Arguments im Mittelpunkt.

Christoph Brockmann schildert den konkreten Aufbau und Ablauf der Bürgerräte. Diese dauern oft mehrere Monate oder sogar Jahre und es gibt häufig mehrere Sitzungen oft auch in Präsenz vor Ort. Um alle mit den relevanten Informationen zu versorgen, gibt es stets einen intensiven Austausch mit Expert*innen, Betroffenen und Interessensvertreter*innen. Im Zentrum steht die ergebnisoffene und verständigungsorientierte Beratschlagung. Dabei sind die öffentliche Aufmerksamkeit und Verankerung im öffentlichen Diskurs ausdrücklich gewünscht. In Hinblick auf den Ablauf muss zunächst ein konkretes Thema, was sich für Beteiligung eignet, eingegrenzt werden. Darauf folgen die fachlichen Inputs und auf dieser Grundlage die Diskussion der Teilnehmenden und die gemeinsame Erarbeitung von Empfehlungen. Diese werden dann in der Regel öffentlichkeitswirksam der Politik übergeben.

Christoph Brockmann geht auf die verschiedenen Vor- und Nachteile des Instruments ein. Auf der einen Seite ermögliche die Zufallsauswahl ein annäherndes Abbild der Gesellschaft, Debatten würden versachlicht, es zähle die Kraft des besseren Arguments und die Teilnahme führe zu einer Steigerung der Zufriedenheit mit der Demokratie. Er weist jedoch darauf hin, dass letzteres, wie in allen Beteiligungsverfahren, nur dann der Fall ist, wenn das Prozessdesign die folgenden Herausforderungen ausreichend adressiert. So sei das Zufallsprinzip in der Praxis doch etwas komplizierter und aufgrund verschiedener Mechanismen könne dieses nicht immer ein perfektes Abbild der Gesellschaft leisten. Auch sei das Instrument sehr komplex, weshalb die Planung des Prozessdesigns und auch die Moderation des Prozesses recht anspruchsvoll sei. Zuletzt sei das Instrument nur dann wirksam, wenn es von den entscheidungsbefugten Akteur*innen in Auftrag gegeben wurde oder zumindest durch eine gezielte Medienkampagne flankiert wird. Bei Nichtbeachtung der erarbeiteten Empfehlungen durch die Politik drohe zudem ein Vertrauensverlust auf Seiten der Teilnehmenden.
Zuletzt stellt Christoph Brockmann zwei Praxisbeispiele vor.

Aus dem Beirat kommt die Frage auf, wann die Sitzungen stattfinden und wie man versucht den Hürden zu begegnen, mit denen Menschen konfrontiert sind, wenn sie sich beteiligen wollen. Christoph Brockmann erzählt, dass die Treffen in der Regel an den Wochenenden stattfinden, dass Reise- und Übernachtungskosten der Teilnehmenden in der Regel beglichen werden. Themen wie etwa Kinderbetreuung und Barrierefreiheit würden allerdings bisher nicht ausreichend mitgedacht und müssen daher oftmals von den Teams, welche die Veranstaltungen vor Ort durchführen, spontan bearbeitet werden.

Es wird zudem nach der konkreten Ausgestaltung des Losverfahrens gefragt. Christoph Brockmann erläutert, dass es gängige Praxis sei, in einem ersten Schritt eine Zufallsstichprobe aus dem Melderegister ziehen zu lassen und die Personen anzuschreiben. Da auch hier eher beteiligungsaffine Menschen auf die Einladung reagieren würden, würde man in einem zweiten Schritt relevante Merkmal (z. B. Geschlecht, Alter) abfragen. Auf Basis dieser Daten würde man dann versuchen, eine möglichst repräsentative Zusammensetzung des Bürgerrats zu gewährleisten.

Zuletzt wird die Frage aufgeworfen, ob das Instrument der Bürgerräte auch für Wuppertal geeignet sein könnte. Clara Utsch weist daraufhin, dass mit der Planungszelle zum Thema Seilbahn bereits ein verwandtes Format in Wuppertal zum Einsatz kam. Aus dem Beirat wird zudem angeregt, das Instrument der Bürgerräte im Kontext der Ergebnisse der Evaluation der Leitlinien zu berücksichtigen. So bestehe als Ergebnis der Evaluation der Auftrag mehr Beteiligung an konfliktbehafteten Themen zu ermöglichen. Ein Bürgerrat könne hier gegebenenfalls ein sinnvolles Instrument sein.

TOP 4 – Aktuelle Beteiligungsverfahren

Bürger*innenbduget 2025

Nina Kotissek berichtet, dass für das Bürger*innenbudget 2025 210.00 € zur Verfügung stehen. Dabei kommen 110.000 € von Knipex, der Barmer und der Gemeinschaftsstiftung. Der Start der Ideeneinreichung findet am 04.03. statt, der Gemeinwohlcheck am 27.05. und die Wahlparty am 27.08.. Bei den letzten beiden Terminen handelt es sich um vor-Ort-Veranstaltungen, bei welchen die Anwesenheit der Beiratsmitglieder ausdrücklich gewünscht ist.

Nina Kotissek weist auf kleinere Änderungen im Vergleich zu den vergangenen Bürger*innenbudgets hin. So werde es dieses Jahr mehr Workshops mit Jugendlichen und ein offenes Barcamp zur Erarbeitung von Ideen geben. Auch würden die Ideengebenden von 2023 gezielt angesprochen, um sie zur Teilnahme zu motivieren. Um mehr Menschen und gerade Bevölkerungsgruppen, die sich bisher nicht viel beteiligen, für das Projekt zu gewinnen, soll die Zufallsauswahl ausgeweitet werden und es soll mehr aufsuchende Beteiligung und Aktivierung geben.

Der Beirat lobt, dass die Beteiligung von Jugendlichen in den Projekten des Teams häufig mitgedacht wird. Allerdings wird problematisiert, dass die Breitenwirkung mit Workshops in wenigen Schulklassen relativ begrenzt ist. Vor dem Hintergrund wird angeregt, das auf breitere Füße zu stellen und zum Beispiel die Schüler*innenvertretungen oder Kinderwohngruppen zu adressieren. Aus dem Beirat heraus wird auf das Spannungsverhältnis zwischen den Zielen hingewiesen, möglichst viele Leute auf der einen Seite und bisher nicht beteiligte Personen auf der anderen Seite zu erreichen.
Nina Kotissek und Clara Utsch bedanken sich für den Impuls und weisen darauf hin, dass die Anzahl der vom Team durchzuführenden Workshops auch eine Frage von Ressourcen ist. Zudem sei jetzt schon geplant, alle Schulen anzuschreiben und auch Lehrkräfte dazu einzuladen, das Thema zum Gegenstand im Unterricht zu machen. Aus dem Beirat heraus wird gefragt, ob es digitale Produkte für die Bewerbung des Projekts gebe, welche für Jugendliche attraktiv sind. Nina Kotissek weist auf das kürzlich veröffentlichte Video hin, welches den Fortschritt der Gewinnerideen des letzten Budgets dokumentiert und zur Teilnahme am Bürger*innenbudget 2025 einlädt. Der Beirat regt an, dieses Video auch den Schulen und weiteren Multiplikator*innen zukommen zu lassen.

Eine Gästin problematisiert fehlende Vorgaben für die Beiträge, mit welchen sich die Ideengeber*innen bei der Wahlparty um die Förderung bewerben. Denn verschiedenen Akteur*innen stünden verschiedene Ressourcen zur Verfügung und es könnten sich zum Beispiel nicht alle leisten, ein aufwendiges Bewerbungsvideo zu produzieren. Dies nimmt sie als unfair wahr. Nina Kotissek stellt diesen Bedenken die Bedeutung des kreativen Spielraums gegenüber, welchen man auch weiterhin den Ideengeber*innen lassen möchte. Es soll also keine einschränkenden Vorgaben geben. Aus dem Beirat heraus wird zwar zugestimmt, dass eine Bewerbung, in die mehr Arbeit reingegangen ist, unter sonst gleichen Umständen eine höhere Chance auf Erfolg habe. Dies sei jedoch völlig normal und kein Anlass für Anpassungen des Prozesses.

Alle Informationen stehen auf www.talbeteiligung.de/buergerinnenbudget2025.

Parkraumkonzept

Nina Kotissek berichtet von Neuigkeiten im Kontext der Beteiligung zum Parkraumkonzept in der Elberfelder Nordstadt und das Luisenviertel. Das Thema war bereits Gegenstand der vergangenen Beiratssitzung. Die Auftakt-Info-Veranstaltung findet am 19.02. statt. Man kann sich über den Kalender von talbeteiligung.de anmelden. Vom 19.02. bis zum 19.03. wird es ebenfalls auf talbeteiligung.de eine Online-Beteiligung geben. Weitere Informationen finden sich auf www.wuppertal.de/parkraumkonzept.

TOP 5 – Termine

• 15. Februar	11:00 Uhr	Engagementtag
• 19. Februar	18:00 Uhr	Auftakt-Info-Veranstaltung Parkraumkonzept
• 19. Februar – 19. März		Online-Beteiligung Parkraumkonzept
• 04.—24. März		Ideeneinreichung Bürger*innenbudget
• 13. März	18:00 Uhr	Beirat Bürgerbeteiligung
• 22. April – 11. Mai		1. Abstimmung Bürger*innenbudget
• 27. Mai	18:00 Uhr	Gemeinwohlcheck Bürger*innenbudget
• 05. Juni	18:00 Uhr	Beirat Bürgerbeteiligung
• 27. August	18:00 Uhr	Wahlparty Bürger*innenbudget
• 28. August – 18. September		Finale Abstimmung Bürger*innenbudget

---

Nina Kotissek
Geschäftsführung

Dr. Jonathan Seim
Schriftführung